

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt 10 Pf. als Abgabe der Gasse und Postgebühren. Derzeitiges 5 Pf. für den folgenden Tag. Derzeitiges bei Selbstabholung monatlich 3 Pf., durch unsere Vertreter zugestellt in der Stadt monatlich 5,50 Pf., auf dem Lande 5,75 Pf., durch die Post bezogen monatlich 12,25 Pf., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postnoten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Rügezeit des Bezugspreises.



Insertionspreis 1,50 Pf. Die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Neulichen, die 2spaltige Korpuszeile 5,50 Pf. Bei Wiederholung und Jahrestafeln entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (insbesondere die 2spaltigen Korpuszeile 4,50 Pf., Nachweisungs-Gebühr 30 Pf.). Angewandte Abrechnung bis zum 10. Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Kosten gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 279

Mittwoch den 30. November 1921.

80. Jahrgang.

Amthlicher Teil.

Wahl von zwei Wasseramtsmitgliedern und deren Stellvertretern.

Mit Ablauf dieses Jahres endet die 6jährige Amtsdauer der durch die Mitglieder der nach § 65 des Wassergesetzes bestehenden Unterhaltungsgenossenschaften zu wählenden 2 Mitglieder des Wasseramtes sowie deren Stellvertreter. Die vorzunehmende Neuwahl wird auf

Sonnabend den 10. Dezember 1921 vorm. 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Meissen anberaumt.

Wählbar sind Gemeindeglieder bzw. Besitzer selbständiger Güter, die im Bezirke — einschließlich der Städte Lommatzsch, Nossen und Wilsdruff, jedoch mit Ausschluß der Stadt Meissen — ihren Wohnsitz haben.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der im amthauptmannschaftlichen Bezirke bestehenden Unterhaltungsgenossenschaften (mit Ausnahme derjenigen für die Elbe). Das Wahlrecht kann nur persönlich, für juristische Personen und solche Personen, die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind, durch einen gesetzlichen Vertreter, für jede beteiligte Staatsverwaltung durch deren Leiter oder einen von der zuständigen Behörde bestimmten Bevollmächtigten und für Mitglie der Eigentümer eines Grundstücks oder

einer Anlage durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen aus ihrer Mitte ausgeübt werden.

Weibliche Personen sind berechtigt, sich durch einen mit schriftlicher versehenen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Die Wahl hat durch Stimmzettel zu erfolgen, die mit dem Namen der beiden als Mitglieder und der als Stellvertreter zu Wählenden zu versehen sind.

Niemand kann im Bezirke das Wahlrecht mehrfach ausüben.

Meissen, am 17. November 1921. Nr. 120 XV. Die Amtshauptmannschaft.

Hengstkörung betreffend.

Nach dem Gesetz v. 20. Juli 1916, die Hengstkörung betr., dürfen zum Belegen von Stuten nur solche Hengste verwendet werden, die bei einer vorgenommenen Prüfung (Körung) als zuchtauglich erklärt (angefordert) worden sind.

Den Besitzern der dem Körwange unterworfenen Hengste liegt es daher ob, ihre Hengste spätestens bis zum 15. Dezember d. J. bei der Amtshauptmannschaft zur Körung anzumelden.

Bei der Anmeldung sind Geburtsjahr oder Alter, Farbe, Abzeichen und Schlag der zu körenden Hengste anzugeben.

Meissen, am 28. November 1921. Nr. 1029 a V. Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* An der Berliner Monatsbörse stieg die Markbewertung, so daß der Dollar auf 270 Mark sank.

* Nach Warschauer Meldungen sind Bergwerke in Königshütte in französischer Hand und große Eisenwerke in Hohenelbe in englische Hand übergegangen. In Kattowitz hatten sich japanische Interessenten festgesetzt.

* Der englische Wirtschaftspolitiker Kemworth hat für einen gemeinsamen Aufbau Rußlands durch England und Deutschland ein.

* Aus London wird gemeldet, daß Dr. Rathenau und Dr. Simon in London eingetroffen sind.

* Der französische Botschafter Barrère in Rom hat um Enthebung von seinem Posten, da die antifranchesischen Ausdrucksformen infolge der Washingtoner Rede Briand's andauern.

* In Buenos Aires sind politische Unruhen ausgebrochen. Die bedeutendsten Politiker und Journalisten wurden in Haft genommen. Militär durchzieht die Straßen.

Reichsmark und Polenmark.

Zu der sich in letzter Zeit bemerkbar machenden Spekulationsjagd hinter der Polenmark her wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Wer hätte es vor kurzem noch für möglich gehalten, daß die nahezu ins Bodenlose gesunkene, an internationalen Märkten kaum noch als Zahlungsmittel angenommene polnische Mark zu einem Spekulationsobjekt für geldbedürftige oder gewinnjüchtige Besitzer deutscher Geldwerte aufsteigen würde? Und doch muß diese Tatsache von jedem, der auch die Keinen Vorgänge unseres Wirtschaftslebens zu übersehen vermag, bestrahlt werden.

Abwärts der Börse, wo die großen Waren-, Effekten- und Devisengeschäfte abgehandelt werden, hat der offene Geldfortienmarkt mehr und mehr auch die polnische Papierscheine in sein Reich gezogen. Wer fragt heute viel danach, ob er für die immer noch reichlich sauberen und wohlanschaulichen deutschen Papierscheine schmutzige Warschauer Leppen eintauscht, deren aufdringlicher Farbendruck allenfalls slavischen Gemütern imponieren mag. Die Zahl ist es, die allein entscheidet; und die Aussicht, in polnischer Mark binnen kurzer Zeit erhebliche Spekulationsgewinne tätigen zu können, verführt auch den kleinsten Mann von heute zu bedenkenloser Anteilnahme an der Spielbank, die das deutsche Land in allen seinen Teilen erfasst hat wie eine durch kein Heilmittel auszuhaltende Seuche. Ein Risiko scheint mit der Spekulation in polnischer Mark verbunden zu sein, und da bei der Papierschuldfälle, deren sich auch die breiten Massen unseres Volkes heute im Durchschnitt zu erfreuen haben, ein Hundertler leicht erkräftigt wird, erscheint die Verführung, ihn in polnische Mark umzuwechseln, um dafür morgen oder übermorgen wieder einen höheren Betrag deutschen Geldes zurückzutauschen, einigermaßen unüberleglich. Der Polenrausch wird verschleiert, denn alles, was mit Polen zusammenhängt, ist nicht von Dauer, kann nicht von Dauer sein. Dann werden wieder einmal, wie man zu sagen pflegt, den letzten die Hunde beißen.

Drollig, sich vorzustellen, daß Polen seit der Genfer Entscheidung über Oberschlesien sozusagen als valuta-starkes Land dasteht. Noch besitzt die Polenmark trotz ihres Ausschweifungs seit jenen Tagen immer nur einen kläglichen Bruchteil des Wertes der deutschen Mark, und doch traten auch drüben an der Waise sofort die gleichen Erscheinungen zu Tage, die wir aus den wirklich valutarischen Ländern in diesen Jahren der europäischen Verelendung zur Genüge kennen gelernt haben. Die Presse begann zu fallen mit der Wirkung, daß nicht etwa das Publikum in erhöhtem Maße zu kaufen begann, sondern daß der Absatz stockte, weil man allgemein der Erwartung lebte, daß der Niedergang der Preise sich ungehemmt fortsetzen werde.

So blieben die Verkäufer auf ihren Waren sitzen, so daß sie ihrerseits den Einkauf einstellten, während die Käufer sich Zeit ließen und das Geld, das sie besaßen, festhielten, in der Hoffnung, daß sein Wert von Tag zu Tag steigen werde. In Wirklichkeit ist die Polenmark mittlerweile auf einem sozusagen mäßigen Stande fast in gleicher Höhe geblieben. Ihre weitere Zukunft dürfte eher von der Entwicklung der allgemeinen Geldverhältnisse in der Welt, als von besonderen politischen oder deutsch-polnischen Ereignissen abhängen. Eine innere Rechtfertigung für die fort-dauernde Spekulation in dieser polnischen „Valuta“ kann also nicht zugefunden werden. Daß sie moralisch in höchstem Grade zu verurteilen ist, versteht sich von selbst. Wir schlagen mit Recht darüber, daß der Wert der deutschen Mark weit über Gebühr gestiegen sei, denn für sie hastet, gleichviel wie groß oder wie gering der Goldvorrat unserer Reichsbank ist, die Arbeitskraft, die Leistungsfähigkeit und schließlich auch der ganze kulturelle Hochstand der deutschen Nation. An diesen Gütern verständig sich als Deutscher, wer den Wertzeichen eines solchen Staates wie des polnischen auch nur vorübergehend zu höherem Ansehen verhilft, als ihnen in Tat und Wahrheit zukommt. „Die Deutschen perfektieren mit ihrer eigenen Währung“, so sagen die wenigen Freunde, die wir noch im Auslande besitzen, beim Anblick der Zustände, die das heutige Deutschland kennzeichnen. Es macht nichts aus, zu prüfen, ob sie berechtigt sind, uns dieserhalb zu verurteilen, denn das gleiche Verhalten läßt sich schließlich auch den Holländern, den Schweizern, den Skandinavieren zum Vorwurf machen, die, um von dem billigen deutschen Geld zu profitieren, zu uns kommen und unsere Waren aufkaufen, während die Geschäftsleute ihres eigenen Landes infolge Absatzmangel zugrundegehen. Aber was andere Nationen sich — vielleicht — leisten können, das dürfen wir Deutsche uns heute auf lange Zeit hinaus noch durchaus nicht leisten, einfach deshalb nicht, weil wir nicht mehr entfernt soviel zu verlieren haben wie unsere Nachbarn.

Leider aber denkt heutzutage jeder nur an seinen eigenen Augenblicksnutzen und an nichts weiter. Wenn sich an diesem allgemeinen Uebersand unserer moralischen Haltung nichts ändert, wird uns kein Gott und kein Teufel mehr helfen können.

Abwehr nach außen und innen.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers
In einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin hielt der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eine Rede, in der er zunächst die Ursachen der großen Teuerungswelle untersuchte, unter der wir augenblicklich leiden. Er gestellte scharf den Wucher, der über die durch die Valuta bedingten Preissteigerungen hinausgeht, wies aber ebenso nachdrücklich darauf hin, daß eine Hauptursache der Teuerung eben in dem Sturz der Mark, einer Folge der Reparationslasten, zu suchen ist. Besonders bei Margarine und Textilwaren erkannte er an, daß die ausländischen Rohstoffe umgeben im Preise gestiegen sind. Zu den Maßnahmen gegen den Wucher teilte er mit, daß im letzten Jahre 24 Personen zu Zuchthaus und über 7000 zu anderen Freiheitsstrafen wegen Wuchers verurteilt wurden. Aber auch die im Auslande viel verbreitete Ansicht, daß Deutschland keine Not leide, widerlegte er klar mit dem Hinweis darauf, wie stark z. B. unser Verbrauch an Fleisch und Kolonialwaren gegen 1914 zurückgegangen ist.

Eine Abwehr anderer Art war es, zu der der Minister dann in seiner Auseinandersetzung mit der Politik der Kommunisten überging. Ihre Gewaltmethoden bezeichnete er als rassistisch und unpolitisch, die die Sozialdemokratie nicht mitmachen könne. Auch tadelte er die U. S. P. D. wegen ihrer Hinneigung zu den Kommunisten, wodurch die Einheitsfront der Arbeiter vereitelt

werde. — Andere sozialdemokratische Redner stimmten ihm darin bei, und einer von ihnen sagte, die Arbeiterklasse müsse Leute wie Eberlein und Viet von sich abschütteln und wolle lieber mit Stalin's gehen, von dem man wirtschaftlich viel lernen könne.

Großes Aufsehen erregte es, daß der Versammlungsleiter diese Kundgebung als den Beginn des Wahllampfes für die zu erwartenden Neuwahlen zum Reichstag bezeichnete, um so mehr, als auch in der maßgebigen Freiheit der Gedanke baldiger Neuwahlen erörtert wurde.

Ausländisches Kapital für Oberschlesien.

Aus Warschau wird berichtet, daß Bergwerke in Königshütte in französische Hand und große Eisenwerke in Hohenelbe in englische Hand übergegangen seien. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen förderten solche Verläufe, da die Ausfuhrhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Damit wird also nur bestätigt, was von deutscher Seite stets gesagt worden ist. Die Polen sind gar nicht in der Lage, das ihnen zugesprochene Gebiet zu verwalten und würden zu ihrem Vorgehen und ihrem mit nationalistischem Genuß verbrämten Verlangen nur durch hinter ihnen stehende internationale Kapitalisten gestärkt. Die „unparteiische“ Entscheidung des Völkerbundes und das Beiseitewischen des unzweifelhaft für Deutschland sprechenden Abstimmungsresultates gerät aber in eine wenn auch nicht gerade überraschende, dennoch durchaus klare Beleuchtung. Die Franzosen, Engländer, Japaner sprachen nicht den Polen, sondern sich selbst die von Deutschland losgerissenen Gebiete zu, um dort ihre Geschäfte betreiben zu können. Es ist sehr gut, daß dies von den Polen selbst in unzweideutiger Weise festgestellt wird.

Die beiden deutschen Bevollmächtigten für die oberschlesischen Wirtschaftsverhandlungen sind aus Genf nach Berlin zurückgekehrt, nachdem die Einzelheiten des Geschäftsganges vereinbart worden sind. Die Verhandlungen selbst sollen voraussichtlich um die Mitte Dezember beginnen, und man hofft auf Beendigung in etwa drei Wochen.

Wer den wir nach Washington geladen?

Scharfer Einspruch der Franzosen.
Die Absicht des Präsidenten Harding, Deutschland und Rußland zur Konferenz nach Washington nachträglich einzuladen, war bekanntlich eine deutsche Entwidung auf Briand's herausfordernde Abfrage an das amerikanische Abrüstungsprogramm. Bei England und Italien hat Hardings' Gedanke mehr Anklang gefunden, und es heißt, daß England und die Vereinigten Staaten bereits Schritte getan hätten, um Deutschland auf die Konferenz zu bringen. Um so scharfer hat der Vertreter Briand's, Viviani, gegen diese Absicht Stellung genommen. Er meinte, er müsse einer Anziehung Deutschlands mit den gleichen Gründen widersprechen, mit denen er sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund widersetzte. Er Frankreich mit denen, die das Völkerrecht in so offenkundiger Weise verletzen hätten, auf gleichem Fuße verhandeln, warte es ab, bis diese „Neue“ in längerer Aufrichtigkeit bewiesen haben. Die französische Delegation soll überdies offiziell mitgeteilt haben, jede Wiedereröffnung der Bandabrüstungsdebatte würde die sofortige

Abreise der französischen Delegation zur Folge haben. Das würde natürlich nur eine Fortsetzung der Bluffpolitik sein, mit der sich Frankreich in Washington schon sehr geschadet hat. Hardings' Plan, einen neuen „Bund der Nationen“ zu gründen, für den